

Die Haushaltsreden der Fraktionen im Rat

Jede Fraktion ist gefragt

WERL ■ Nachdem Bürgermeister Michael Grossmann bereits vor einigen Wochen den Entwurf des Haushalts für das kommende Jahr präsentiert hatte, waren gestern Abend im Rat die einzelnen Fraktionen gefragt. Jede im Stadtrat vertretene Fraktion hat das Recht, zum Haushaltsentwurf, der alle finanziellen Aspekte der Stadt im kommenden Jahr regelt, Stellung zu beziehen. Jedes Ratsmitglied kann dem Haushalt zustimmen oder ihn ablehnen. Die Politik nutzt die Reden aber oft auch zur grundsätzlichen Kritik an Entwicklungen in der Stadt sowie der Politik von Kreis, Land und Bund. ■ bus

„Es kommt auf den Stil an“

Mahnende Worte der FDP und Steuerkritik

WERL ■ Michael Dörrer, Einzelkämpfer im Rat für die FDP, nutzte seine Etatrede, um seine Vorstellungen von demokratischer Kultur voranzustellen – deutlich auf die Werler Protestwähler um Matthias Fischer gemünzt. Kein Streit und keine Vertretung von Interessen sei es wert, „das Gemeinsame in Vergessenheit geraten zu lassen“. Man sitze als Volksvertreter im Rat. „Auch wenn das einige wenige Kollegen immer noch nicht verstanden haben: Eine Opposition ist auf dieser kommunalen Ebene nicht vorgesehen“, sagte Dörrer. Natürlich müsse man im demokratischen Prozess streiten und das auch aushalten, „in letzter Zeit vielfach auch ertragen“. Aber es sei ein Streit nach Regeln, und „mit der Bereitschaft verbunden, die demokratischen Verfahren zu achten und die Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren und nicht zu denunzieren.“ Das sei demokratische Kultur, „da kommt es ganz wesentlich auch auf den Stil an“.



Michael Dörrer

Dann schlug Dörrer die Brücke zu den kommunalen Angelegenheiten. Werl setze mit dem Haushaltsplanentwurf samt ausgeglichener Jahresabschluss für 2018 den Weg des Sanierungsplans erfolgreich fort. Die FDP lehnte wie in den Vorjahren die Festsetzung der Steuerhebesätze für 2018 ab. Man sei nach wie vor der Auffassung, dass die Vorgaben des Haushaltssanierungsplans auch mit einem Hebesatz für die Grundsteuer B unter 700 Prozentpunkten erfüllt werden können.

Die durch das Spardiktat erzielten kleinen finanziellen Spielräume im Haushalt sollten gezielt reinvestiert werden, sei es in Maßnahmen gegen Leerstände in der Innenstadt oder zur Verbesserung des Zustands des Straßennetzes und der öffentlichen Sportstätten. Die FDP schlägt eine jährliche Dynamisierung bei der Förderung der Sportvereine und der investiven Sportpauschale in Höhe von 1,5 Prozent vor.

Dörrer griff auch Kosten für die Stadt auf, die an andere Stellen zu leisten sind – zum Beispiel den Kreis. Der plane die Erhöhung bei der Jugendamtsumlage um zwei auf 42 Millionen Euro. Städte und Gemeinden würden aber „zu Recht“ auf die Änderungen beim Unterhaltsvorschussgesetz hinweisen, die eine höhere Kostenerstattung durch das Land vorsehe. ■ bus

„Erfreuliche Entwicklung“

CDU betont „erhebliche Investitionen“ in die Schulen

WERL ■ Kurze Rede, kurzer Sinn: die größte Fraktion fand die wenigsten Worte zum Haushalt – und stimmte zu. Friedrich Böllhoff, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, brauchte nur wenige Minuten.

Der vorliegende Haushalt 2018 sei strukturell ausgeglichen und entspreche deshalb den gesetzlichen Anforderungen. Auch die Haushaltsjahre bis 2021 können in der Planung, wie gesetzlich gefordert, ausgeglichen gestaltet werden. „Damit wird die insgesamt erfreuliche Entwicklung des Werler Haushalts der letzten Jahre fortgeführt.“

„Weil die vier Haushaltsjahre von 2013 bis 2016 mit Jahresüberschüssen abgeschlossen werden konnten, ist eine drohende Überschuldung inzwischen nicht mehr in Sicht“, sagte Böllhoff. Vielmehr habe sich das Eigenkapital in dieser Zeit um mehr als 5 Millionen Euro erhöht. Auch für 2017 könne mit ei-

nem positiven Jahresergebnis gerechnet werden. „Damit steht Werl sowohl in der Planung der nächsten Jahre wie auch im Ergebnis der letzten Jahre besser da, als viele andere Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und auch im Kreis Soest“, sagte Böllhoff. Zugleich komme der Abbau der Verschuldung weiter voran.

Dennoch habe Werl in den vergangenen Jahren „erhebliche Investitionen“ durchgeführt. Von 2009 bis 2016 weisen die Jahresabschlüsse eine Investitionssumme von 23,1 Millionen Euro aus, davon allein 12,4 Millionen für Schulen. Der zweitgrößte Posten mit knapp 5 Millionen Euro sei auf Straßen und Wege gefallen, zudem 3 Millionen Euro in Gebäude, Fahrzeuge und Ausrüstung für die Feuer-



Friedrich Böllhoff

wehr.

Im Haushalt 2017 sowie in der Planung von 2018 bis 2021 könne die Investitionstätigkeit „erfreulicherweise noch ausgeweitet werden“, sagte Böllhoff. Vorgesehen seien Investitionen in Höhe von insgesamt rund 32,9 Millionen Euro. Die CDU warnt aber bereits, dass sich „erfahrungsgemäß ein Teil nicht immer in der zunächst geplanten Zeit umsetzen lässt“. Auch von dieser Summe entfalle gut die Hälfte auf den Schulbereich. In Straßen und Wege fließen 10 Millionen Euro.

Der von der CDU zur Abstimmung vorliegende Antrag auf Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Förderungen“ ziele darauf ab, die Finanzierung von Investitionen mit Fördermitteln zu optimieren, gerade auch mit Blick auf eine Weiterentwicklung des Forums der Völker und die künftige Stadtentwicklung, schloss Friedrich Böllhoff. ■ bus

„Verlässliche Mitarbeit“

Stadtentwicklung, Verkehr, Marketing: SPD sieht Forderungen erfüllt

WERL ■ Die SPD betonte in der Haushaltsrede ihre Bereitschaft zur Mitarbeit. Die habe man unter Beweis gestellt, sagte Karl-Joseph Lippold. Er nannte drei Bausteine: integriertes Stadtentwicklungskonzept, Verkehrsentwicklungskonzept und Stadtmarketing seien „Beispiele für verlässliche Mitarbeit der SPD an der Entwicklung unserer Stadt“. Einem ausgeglichenen Haushalt, der wesentlichen Forderungen der SPD-Fraktion folge, verweigere man nicht die Zustimmung. Der Sozialdemokrat erwähnte auch die Rolle der Bürger, „die mit ihren Steuern, Abgaben und Gebühren dafür sorgen, dass ihre Stadt lebensfähig bleibt“.

Das 60 000 Euro für das von der SPD geforderte integrierte Stadtentwicklungskonzept im Haushalt vorgesehen sind, sei „ein Anfang“ und Basis für städtebauliche Förderungen für die Innenstadt. „Damit das kein Papierstücker bleibt, sind Hindernisse

und Barrieren auf dem Weg zur Förderung unserer Innenstadt zu beseitigen“, forderte Lippold. „Einzelobjekte, die zwar Leerstände und Verfall auffangen, führen aber im Zweifelsfall zu einem Flickenteppich an Struktur und Gestaltung, für den es keine Fördermittel gibt.“

Unterdessen werde das von der SPD angestoßene Verkehrsentwicklungskonzept von einer Ingenieurgesellschaft erarbeitet. Man brauche eine übergeordnete Gesamtbeurteilung unter Zurückstellung einzelner Interessen. Dass das Büro die Osttangente ins Gespräch bringt, sehen die Genossen als Bestätigung.

Die von der SPD beantragte Erarbeitung eines Marketingkonzepts für Werl stehe kurz vor der Präsentation, sagte

Lippold. Es greife „konstruktive Kritik am Erscheinungsbild unserer Stadt auf und entwickelt daraus Maßnahmen zur Stärkung der Attraktivität.“

Lippold kritisierte unzureichende Zielformulierungen und Kennzahlen im Haushaltsentwurf. Die aber seien „unverzichtbares Instrument zur Planung und Steuerung“. Das zeige sich nicht zuletzt am Haushaltsentwurf der Kreisverwaltung. Anhand der Kennzahlen habe die Gemeindeprüfanstalt Kreise verglichen, was zur Kritik an der Personalintensität des Kreises führte. Die SPD erwarte Maßnahmen, „den im Kreisvergleich ungünstigen Wert zu überprüfen.“

Allerdings ist der SPD mittlerweile die Personaldecke im Werler Rathaus zu dünn, sie liege unter dem Durchschnitt. „Die restriktive Personalbewirtschaftung der Vergangenheit muss korrigiert werden“, forderte Lippold. ■ bus



Karl-Joseph Lippold



„Es war richtig, die Steuer zu erhöhen“

BG: Finanzielle Krise der Stadt ist nicht beendet

WERL ■ Um die und das „Zahlen“ ging es in der Haushaltsrede der BG. Fraktionsvize Detmar Dißelhoff betonte, dass der Weg zur Entschuldung unter anderem über Steuererhöhungen „bis heute“ richtig gewesen sei. Seit 2012 habe Werl die Schulden um etwa 22 Millionen Euro reduzieren können. Dazu zählte Dißelhoff auf, in welchem Umfang Kredite und damit die Zinsbelastung gesunken sei – mit dem Ergebnis, dass die Stadt seit 2015 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen könne.

Gleichzeitig sei es gelungen, das Eigenkapital aufzufüllen. Dißelhoff erinnerte an die Hilfe über das Stärkungspaketgesetz. Die Zuschüsse werden 2020 letztmalig gezahlt. Die Hauptlast für die Sanierung des Haushaltes hätten aber alle Werler Bürger getragen, „mit etwa 8 Millionen Euro jährlich“. Mittlerweile sei Werl so weit, dass aus heutiger Sicht der Haushaltsausgleich ab 2021 aus eigener Kraft gelingen könne. Dazu, forderte Dißelhoff, gehöre aber, dass das Land NRW die Finanzierung der Gemeinden über das Gemeindefinanzierungsgesetz verbessert. Für

2019 sei eine Erhöhung der Zuweisungen versprochen.

„Die Zahlen belegen nach unserer Meinung eindrücklich, dass es richtig war, die Voraussetzungen für die Anwendung des Stärkungspaketgesetzes zu schaffen und die Grundsteuern zu erhöhen“, sagte Dißelhoff. So sei es möglich gewesen, Bücherei, Freizeitbad, Stadthalle und Sportanlagen zu erhalten – und das, obwohl sich die Transferaufwendungen wie Kreisumlage und Jugendamtsumlage deutlich erhöht hätten. Dißelhoff warnte: „Alle Bemühungen und Belastungen der Bürger laufen ins Leere, wenn es nicht gelingt, die Transferleistungen zu reduzieren.“ Kreisumlage, Jugendamtsumlage, Kosten für Asylbewerber und soziale Leistungen, die Kommunen von Bund und Land auferlegt werden, nannte er.

Die BG will den Satz für Gewerbesteuern beibehalten, da Werl Betriebe benötigt. Sie betont aber auch: „Die finanzielle Krise der Stadt Werl ist nicht beendet.“ Die kommenden Jahrzehnte „werden geprägt sein müssen von sparsamster Haushaltsführung.“ Dißelhoff sagte große Anstrengungen, „das heißt Belastungen für die Bürger“, voraus. Die Grundsteuern könnten nicht gesenkt werden.

Die BG stimmte dem Haushalt zu. ■ bus



Detmar Dißelhoff

„Manifestation der Verzögerung“

Grüne „überrascht von den moderaten Ansätzen bei den Investitionen“

WERL ■ Als „Manifestation der Verzögerung und Entscheidungsunfähigkeit“ lehnten die Grünen den Haushalt ab. Man sehe vor der allgemein guten Wirtschaftslage im Werler Haushalt „einen Schritt weiter auf dem Weg entlang den Vorgaben des Stärkungspaketes“.

Mittlerweile, so Uwe Jansen, berücksichtige offenbar sogar der Kreis die Erfordernisse klammer Kommunen. „Doch der erste Eindruck täuscht.“ Jansen verwies auf fragwürdige Kosten im Kreishaushalt, brandmarkte die „unsinnige Subventionierung“ des Flughafens Paderborn-Lippstadt bei zurückgehenden Passagierzahlen. Die Grünen fordern eher Engagement für eine bessere Eisenbahnbindung der Region. Auch den „unkontrollierten Aufbau von Personal“ in der Kreisverwaltung kritisieren sie. Auch

wenn ein Teil davon durch Unterstützung für Flüchtlinge begründbar sei: Man müsse zwingend „prüfen, ob nicht Aufgabengebiete wieder mit weniger Personaleinsatz bearbeitet werden können.“

Bei den Ausgaben, die die Stadt selbst zu verantworten habe, zeigten sich die Grünen „überrascht von den moderaten Ansätzen insbesondere bei den Investitionen“. 2018 werde erst mal geplant und noch nicht gebaut, sei es an der Walburgisschule oder an der Petrischule. Mit den Arbeiten am Ersatzbau für die abgebrannte Zweifachturnhalle werde 2018 allenfalls begonnen. Bezüglich des langsamen Tempos in diesen Din-



Uwe Jansen

gen wirke der Ansatz von 30 000 Euro jährlich für 2018 bis 2021 für die Erneuerung von Fahnenmasten „unangebracht bis lächerlich“.

Der zunehmenden Verödung der Innenstadt werde nur unzureichend Rechnung getragen. Ob mit dem Geld für ein Stadtmarketingkonzept Wirkungen erzielt werden könne, sei zweifelhaft. Die Grünen „verstehen nicht, warum Unternehmer vor der Ansiedlung in Werl zurückschrecken.“ Die Hängepartie um die FOC-Planung sei sicher nicht hilfreich. „Wer vom FOC Magnetwirkung für die Region erwartet und glaubt zu profitieren, dem ist es zu unsicher. Aber auch derjenige, der glaubt, anstelle des FOC mit einem lokalem Angebot eine Chance zu haben, wird zaudern, da die Idee FOC ja noch nicht endgültig vom Tisch ist.“ ■ bus

„Ausgesaugt wie eine Zitrone“

WP rechnet mit anderen Parteien ab / „Trojanische Schuldengeschenke“

WERL ■ Matthias Fischer rechnete ab – allerdings weniger mit Zahlen, als mit den Gegebenheiten des „Parteienkartells“, das Werl ruiniert habe. Und er warf einen düsteren Blick in die Zukunft, der die Bürger aus Sicht der „Werler Protestwähler“ (WP) noch teuer zu stehen kommen werde. Verbesserungs- und Reformvorschläge der WP seien gescheitert, stellte Fischer fest. Daher müsse die Fraktion „auch diesen neuerlichen Anti-Bürgerhaushaltsentwurf 2018 ganz entschieden zurückweisen“. Die aus Sicht der WP dringend erforderlichen Änderungen bei der Ausgabenstruktur der Stadt, „etwa für Stadthalle, Schwimmbad, Verwaltung und Co“ sei mit den Altparteien eben so wenig zu bewerkstelligen wie eine „dringend erforderliche Umschuldung, Teilumschuldung des Werler

Schuldenbergs und eine massive Absenkung der privaten Straßenbaubeiträge“. Stadthalle und Bad nannte Fischer „überdimensionierte, trojanische Schuldengeschenke“.

Aus Sicht Fischers werden die Bürger „fiskalisch ausgesaugt wie eine Zitrone“. Er nannte die „skandalöse Unterfinanzierung der Werler Straßeneinstandsetzung“, für die der Bürger die Zeche zu zahlen habe. Der Fall der Anwohner an der Kunibertstraße Buderich sei ein „mahnendes Beispiel“ für Bürger, „die sich plötzlich mit gigantischen, im Einzelfall wohl schon existenzbedrohenden Straßenausbaubeiträgen konfrontiert se-

hen“. Dabei sei doch die Straße durch Lkw und mangelnder Instandsetzung zerstört worden.

Fischer sagte eine „weitere, kräftige Grundsteueranhebung bereits bei einem relativ geringen Zinseinstieg“ voraus. Darüber hinaus gehöre aus Sicht der WP-Fraktion die Energiepreispolitik der Stadtwerke auf den „kritischen Prüfstand: „Wieso sollen hauptsächlich die Gas- und Stromkunden des kommunalen Energieversorgers die millionenschweren Verluste eines Schwimmbades alleine bezahlen – und dies in einem völlig liberalisierten Energiemarkt?“

Grundsätzlich bemängelte Fischer einen Mangel an politisch-aktivem Engagement und brandmarkte das „Gesamtversagen und das restlose Scheitern der Werler Einheitspolitik.“ ■ bus



Matthias Fischer